

EU Inc. in Estland: Warum dort experimentieren, wo bereits alles vorhanden ist?

[Liina Vahtras - 16 Jun 2026](#)

Angesichts der uneinheitlichen Vorschriften und Verfahren in den Mitgliedstaaten strebt die Europäische Union an, die Gründung und Entwicklung von Unternehmen durch einen einheitlichen digitalen Rechtsrahmen zu erleichtern: die "28. Regelung". Dies ist der Kern der am 18. März vorgestellten Mitteilung: EU Inc. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, indem administrative, finanzielle und regulatorische Hindernisse abgebaut werden, die Innovation und Investitionen bremsen. Die estnische Erfahrung (E-Residency) erscheint als konkretes Modell, um diese Reform zu testen. Der Erfolg des Projekts wird jedoch von einer echten Harmonisierung zwischen den Ländern und seiner Fähigkeit abhängen, das Wachstum von Unternehmen auf Ebene des Binnenmarktes zu begleiten.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) | [EZB](#) |

[Trilogie](#) | [Deutschland](#) | [Zypern](#) | [Frankreich](#) | [Irland](#) | [Luxemburg](#) |

[Rumänien](#) | [Schweiz](#) | [Ukraine](#) | [Vatikan](#) | [Europarat](#) | [Berichte / Studien](#) |

[Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ **Neuigkeiten :**



Künstliche Intelligenz: Waffe oder Gemeingut?

Die Entscheidung der USA, Nicht-US-Bürgern die Nutzung von Software von Anthropic zu verbieten, verdeutlicht die Spannungen rund um die Regulierung der künstlichen Intelligenz (KI). Während diese ineffiziente Maßnahme dazu dient, die KI für militärische Zwecke zu monopolisieren, ist eine internationale Abstimmung auf höchster Ebene erforderlich, um diese Fortschritte zu regulieren. Die Europäische Union muss sich bemühen, daraus Lehren zu ziehen. Sie muss das richtige Gleichgewicht finden zwischen den unverzichtbaren Vorschriften, die die Grundrechte der Menschen schützen, und jenen, die abgeschafft werden müssen, da sie Start-ups administrativ belasten und bremsen. Der eigentliche Rückstand Europas ist nicht wissenschaftlicher, sondern finanzieller Natur. Es geht also darum, die Innovationsförderung zu beschleunigen und dabei das Gemeinwohl als Priorität beizubehalten. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



RAPPORT SCHUMAN SUR L'EUROPE L'ÉTAT DE L'UNION 2026

Andrus Kubilus, Walter Peyer, Borys Buchta, Catherine Morin-Deseille, Constantin Le Grip, Laurence Buchès, Anne-Sophie Bellamy-Bonot, Brunociani, Bertrand Catherine De Balle, Muriel de Cumin, Thoma Christophräus, Philippe Deltès, Mariya Gabriel, Jean-Dominique Guàrdà, Luis de Guindos, Martin Guyomar, Holke Heppert, Pascal Jaminon, Bruno Pélissier, Cyrille Poirier-Guyot, Jonathan Vainoc, Helen Lutz, Olivier Lenoir, Lucas Ozdym

Der Schuman-Bericht 2026 ist als E-Book erhältlich!

Der "Schuman-Bericht über Europa, der Stand der Union 2026" ist nun in digitaler Form (als E-Book) erhältlich. Diese im Hémisphères-Verlag erschienene 20. Ausgabe befasst sich mit dem aktuellen Kontext tiefgreifender geopolitischer Umbrüche. Sie analysiert die großen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union gegenüber sieht: Sicherheit und Verteidigung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und politischer Zusammenhalt. Während der Krieg auf dem Kontinent weitergeht und sich das globale Gleichgewicht verschiebt, steht Europa an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte. Dieses Nachschlagewerk ermöglicht es, die laufenden Veränderungen zu verstehen und über die Zukunft der Union nachzudenken. Es ist auch als gedruckte Ausgabe in französischer Sprache auf der Website der Stiftung und im Buchhandel erhältlich. [Fortsetzung](#)



NextGenEU: Grünes Licht für Slowenien und neuer Plan für Ungarn

Am 9. Juni hat die Europäische Kommission den sechsten Zahlungsantrag Sloweniens in Höhe von 41 Millionen Euro im Rahmen des NextGenerationEU-Plans positiv bewertet. Bis heute hat Slowenien 83 % seiner Gesamtmittel in Höhe von 2,14 Milliarden Euro aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten. Am 10. Juni reichten die ungarischen Behörden einen Antrag auf Überarbeitung des Konjunkturprogramms ein, in dem die Reformen und Investitionen detailliert aufgeführt sind, die das Land bis Ende August umsetzen will, um die Freigabe der EU-Mittel zu erhalten. Die Stiftung bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme an, in der die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten dargestellt sind. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kommission :



Inkrafttreten des Migrations- und Asylpakts

Am 12. Juni ist der Migrations- und Asylpakt in Kraft getreten. Er wurde im Mai 2024 verabschiedet und zielt darauf ab, den Kampf gegen irreguläre Einwanderung durch eine Reform der europäischen Migrationspolitik zu verstärken. Er besteht aus einer Richtlinie und neun Verordnungen und sieht somit ein Filterverfahren an den Außengrenzen der Union, eine Harmonisierung der Asylverfahren und eine Beschleunigung der Verfahren an der Grenze vor. Die Texte heben zudem den "Dublin-Mechanismus" auf, der die Zuständigkeit für die Prüfung eines Asylantrags dem ersten Einreiseland in die Europäische Union zuweist. Stattdessen verpflichtet ein obligatorischer, dauerhafter und jährlicher Solidaritätsmechanismus die Staaten, zu einem quantitativen Solidaritätsziel beizutragen. [Fortsetzung](#)



Strategie für Inseln und Küstengemeinden

Am 10. Juni hat die Europäische Kommission zwei Strategien für die Inseln und Küstengemeinden der Union verabschiedet. Für die 4 000 Inseln mit 17 Millionen Einwohnern und die 70 000 km Küstenlinie der Union zielt die Strategie darauf ab, die Herausforderungen, denen diese Gebiete gegenüberstehen, in Chancen und nachhaltige Vorteile umzuwandeln. Dabei geht es insbesondere darum, sicherzustellen, dass ihre spezifischen Bedürfnisse in künftigen Vorschlägen umfassend berücksichtigt werden. Die Kommission legt erstmals einen koordinierten Ansatz zur Unterstützung dieser Gebiete fest. [Fortsetzung](#)



Vorschlag für das 21. Sanktionspaket gegen Russland

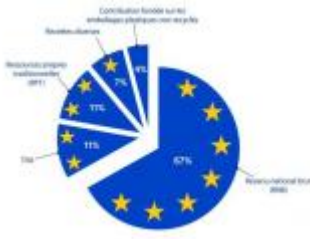
Am 9. Juni schlug die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ein 21. Sanktionspaket gegen Russland vor, das sich gegen die Sektoren Energie, Finanzdienstleistungen, Kryptowährungen und Handel richtet. Durch diese neuen Maßnahmen werden 170 Personen und Organisationen auf die Sanktionsliste gesetzt, darunter fast 90 Banken. Die Kommission schlägt außerdem vor, die Obergrenze für den Ölpreis für sechs Monate auf dem aktuellen Niveau einzufrieren und gleichzeitig die Beschränkungen für die russische Schattenflotte zu verschärfen. Der Vorschlag muss nun von den Mitgliedstaaten gebilligt werden. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Meeres- und Hafenstrategie

Am 8. und 9. Juni verabschiedeten die Verkehrsminister Schlussfolgerungen zur maritimen Industriestrategie der Union und zur Hafenstrategie. Angesichts des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs zielt die maritime Industriestrategie darauf ab, die Position Europas im Bereich des Hightech-Schiffbaus und der modernsten Hafenausrüstung zu stärken. Die Hafenstrategie zielt darauf ab, Initiativen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit zu harmonisieren, die Energiewende voranzutreiben und die Sicherheit der europäischen Häfen zu gewährleisten. Parallel dazu führten die Minister einen Meinungsaustausch über die Bemühungen zur Dekarbonisierung des Verkehrs über das Jahr 2030 hinaus. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

Am 11. Juni legte die zyprische Ratspräsidentschaft eine "Negotiating Box" vor, ein Dokument, das die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 strukturieren soll. Dieser Text zielt darauf ab, nach Möglichkeit einen politischen Kompromiss über die künftigen europäischen Haushaltsprioritäten zu erzielen, vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, ökologischer Wandel und Unterstützung der Ukraine. Die zyprische Ratspräsidentschaft will damit die bevorstehenden Beratungen auf der Tagung des Europäischen Rates am 18. und 19. Juni vorbereiten, mit dem Ziel, noch vor Ende des Jahres 2026 eine Einigung zu erzielen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister

Am 12. Juni haben die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister ihren Standpunkt zur Stärkung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) festgelegt. Gleichzeitig führten sie einen Meinungsaustausch über das Paket zur Marktintegration und -überwachung. Schließlich beschlossen sie, das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits gegen Malta einzustellen, da das öffentliche Defizit des Landes unter die Marke von 3 % des BIP gesenkt wurde. Außerdem aktivierten sie die nationale Ausnahmeregelung für Spanien, um dem Land bei der Aufstockung seiner Verteidigungsausgaben zu helfen. [Fortsetzung](#)



Sitzung der Eurogruppe

Am 11. Juni kamen die Finanzminister der Eurogruppe zusammen, um die Entwicklung der makroökonomischen und haushaltspolitischen Lage im Euroraum zu erörtern, wobei der Schwerpunkt auf haushaltspolitischen Fragen lag. Die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, stellte die Ergebnisse der jährlichen Konsultation des Fonds zur Politik des Euro-Währungsgebiets vor und führte einen Meinungsaustausch mit den Ministern. Anschließend erörterten sie die Herausforderungen und Prioritäten im Zusammenhang mit der Stärkung der Energiesicherheit und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. [Fortsetzung](#)



Gipfeltreffen mit der Republik Korea

Am 10. Juni trafen die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, im Rahmen ihres 11. bilateralen Gipfeltreffens mit dem koreanischen Präsidenten Lee Jae-myung zusammen, bei dem sie ein Abkommen über den digitalen Handel unterzeichneten, das das seit 2011 geltende Freihandelsabkommen ergänzt. Es zielt darauf ab, den Verbraucherschutz im Internet zu stärken, den grenzüberschreitenden Datenverkehr zu erleichtern und die Kosten für Unternehmen zu senken. Parallel dazu haben die Europäische Union und Südkorea eine neue Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit ins Leben gerufen. Unter Betonung der Verflechtung zwischen der Sicherheit Europas und der des indopazifischen Raums haben sich die Staats- und Regierungschefs verpflichtet, ihre Partnerschaft in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung auszuweiten. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Neues Abkommen mit vier Staaten in Ost- und Südafrika

Am 11. Juni haben die Europäische Union und vier Staaten in Ost- und Südafrika (Komoren, Madagaskar, Mauritius und die Seychellen) die Verhandlungen über ein vertieftes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) abgeschlossen. Es umfasst Dienstleistungen, Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen, den digitalen Handel sowie geistiges Eigentum. Es enthält insbesondere eine breite Palette verbindlicher Verpflichtungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und deckt Themen wie Arbeitnehmerrechte und Klimaschutz ab. Das Abkommen steht weiteren Ländern der Region offen, und die Verhandlungen mit Simbabwe werden fortgesetzt. Es muss noch vom Rat und vom Europäischen Parlament gebilligt werden, bevor es in Kraft treten kann. [Fortsetzung](#)



Zusammenarbeit mit Kenia

Am 8. Juni haben die Europäische Union und Kenia ihre strategische Partnerschaft in den Bereichen Handel, digitale Transformation und nachhaltige Investitionen vertieft, um im Rahmen der europäischen Initiative "Global Gateway" das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. [Fortsetzung](#)



Digitale Partnerschaft mit Brasilien

Am 12. Juni unterzeichneten die Europäische Union und Brasilien eine digitale Partnerschaft und verabschiedeten gegenseitige Angemessenheitsbeschlüsse. Damit erkannten sie an, dass ihre Datenschutzniveaus vergleichbar sind, und ermöglichten Unternehmen, Behörden und Einzelpersonen den freien Datenaustausch. Die Partnerschaft stärkt zudem die bilaterale Zusammenarbeit bei gemeinsamen digitalen Prioritäten. [Fortsetzung](#)

■ EZB :



Anstieg der Inflation und der Zinssätze

Am 11. Juni beschlossen die Gouverneure der Europäischen Zentralbank, die drei Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden die Zinssätze für die Einlagefazilität, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die Spitzenrefinanzierungsfazilität ab dem 17. Juni auf 2,25 %, 2,40 % bzw. 2,65 % angehoben. Dies ist die erste Zinserhöhung seit September 2023. Die Gouverneure hoffen, damit die Inflation einzudämmen, die aufgrund des Konflikts im Nahen Osten im Mai 3,2 % erreichte, gegenüber 1,9 % im Februar. Diese Entscheidung soll dazu beitragen, die Inflation mittelfristig auf dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 % zu stabilisieren. [Fortsetzung](#)

■ Trilogie :



Einigung zur Stärkung der europäischen Verteidigung

Am 10. Juni haben sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Rates auf Gesetzesvorschläge geeinigt, die Investitionen im Verteidigungsbereich erleichtern sollen. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört die Vereinbarung, die Erteilung von Genehmigungen für Projekte zu beschleunigen, wobei eine Standardfrist von 42 Arbeitstagen gilt. Sie beschlossen Maßnahmen zur Beseitigung regulatorischer Hindernisse für den innergemeinschaftlichen Transfer von Verteidigungsgütern und zur Beschleunigung der Auftragsvergabe im Verteidigungsbereich. Schließlich wird zur Förderung von Investitionen die Verwaltung und Umsetzung des Europäischen Verteidigungsfonds vereinfacht. Diese Vorschläge dürften im Rahmen des Plans "ReArm Europe" in den kommenden Jahren Investitionen in Höhe von bis zu 800 Milliarden Euro ermöglichen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Einigung zur Beschleunigung der Digitalisierung von Unternehmen

Am 9. Juni haben sich die Verhandlungsführer des Rates und des Europäischen Parlaments auf die Rechtsvorschriften für kleine und mittelständische Unternehmen sowie auf die Rechtsvorschriften zur Digitalisierung geeinigt. Die Mitgesetzgeber schaffen eine neue Kategorie von "kleinen Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung", die Unternehmen mit weniger als 1 000 Beschäftigten und einem Umsatz von höchstens 150 Millionen Euro umfasst. Diese Kategorie ermöglicht es diesen Unternehmen, das gleiche günstige Entwicklungsumfeld beizubehalten wie zu der Zeit, als sie noch KMU waren. Darüber hinaus fördert die neue Gesetzgebung den Grundsatz "Digital by Default", wodurch die Kosten für Unternehmen gesenkt und der Verwaltungsaufwand reduziert werden können. [Fortsetzung](#)



Einigung über die Stabilität des künftigen Emissionshandelssystems

Am 11. Juni haben die Verhandlungsführer des Rates und des Parlaments eine Einigung erzielt, die darauf abzielt, die Marktstabilitätsreserve (MSR) zu stärken. Dieser Mechanismus wird für das künftige Emissionshandelssystem "ETS2" gelten und ab 2028 die Sektoren Bauwesen und Straßenverkehr abdecken. Diese Reform zielt darauf ab, starke Anstiege der CO₂-Preise für Haushalte und Unternehmen zu begrenzen, indem das Volumen der Zertifikate erhöht wird, die in den Markt eingespeist werden können, wenn die Preise die Schwelle von 45 € pro Tonne CO₂ überschreiten. Die europäischen Institutionen beabsichtigen damit, die Vorhersehbarkeit des Systems zu stärken, die Preisvolatilität zu verringern und die Akzeptanz des Klimawandels zu erleichtern. Diese Vereinbarung ist eines der wichtigsten Instrumente der europäischen Dekarbonisierungsstrategie. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Das Kampfflugzeug der Zukunft (FCAS) – Opfer der Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Berlin

Am 8. Juni gaben der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz und der französische Präsident Emmanuel Macron bekannt, dass das Projekt "Système de combat aérien du futur" (SCAF) aufgegeben wird. Dieses 2017 gestartete Programm, das die Entwicklung eines Kampfflugzeugs der neuen Generation zum Ziel hatte, sollte bis 2040 die Rafale und den Eurofighter ersetzen. Auch wenn die Entwicklung des Kampfflugzeugs aufgegeben wird, sollen bestimmte Komponenten, insbesondere das Vernetzungssystem (Kampf-Cloud), beibehalten werden. Dieses Scheitern stellt einen herben Rückschlag für die deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit dar und wirft Fragen hinsichtlich der Fähigkeit Europas auf, große gemeinsame Programme durchzuführen. [Fortsetzung](#)

■ Zypern :



Verteidigungsabkommen mit Frankreich

Am 8. Juni unterzeichneten Frankreich und Zypern in Nikosia ein Truppenstatut (Status of Forces Agreement, SOFA), das die Präsenz der Streitkräfte beider Länder auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Landes rechtlich regeln soll. Es zielt darauf ab, militärische Einsätze im angespannten Mittelmeerraum zu vereinfachen. Diese Unterzeichnung folgt auf das Abkommen über strategische Partnerschaft, das die Präsidenten Nikos Christodoulides und Emmanuel Macron im vergangenen Dezember in Paris geschlossen haben. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Weltmesse für Verteidigung und Sicherheit in Paris

Bis zum 19. Juni findet in Paris die Eurosatory statt, die 1967 ins Leben gerufene weltweit führende Messe für Verteidigung und Sicherheit. Mit mehr als 2600 Ausstellern aus aller Welt beleuchtet diese auf Land- und Luft-Land-Systeme spezialisierte Messe mehrere strukturelle Herausforderungen: Beschleunigung der industriellen Produktionsrhythmen, Innovationen im Verteidigungsbereich, Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, Vorbereitung der Streitkräfte auf hochintensive Einsätze, Entwicklung des kooperativen Kampfes und Stärkung der europäischen Zusammenarbeit. [Fortsetzung](#)

■ Irland :

Irland stellt die Prioritäten seiner Ratspräsidentschaft vor

Am 11. Juni stellte die irische Regierung die Prioritäten der bevorstehenden irischen Ratspräsidentschaft vor, die Dublin vom 1. Juli bis zum 31. Dezember ausüben wird. Das Programm gliedert sich in drei Schwerpunkte – Wettbewerbsfähigkeit, Werte und Sicherheit – und zielt darauf ab, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union zu stärken, die Rechtsstaatlichkeit und die europäischen demokratischen Werte zu verteidigen sowie den sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, denen sich der Kontinent gegenübersteht. [Fortsetzung](#)

■ Luxemburg :



"D9+"-Treffen der Minister für Digitales

Am 8. Juni empfing Luxemburg im Rahmen des Treffens der Digital 9 Plus (D9+) dreizehn Minister für Digitales, um insbesondere über digitale Sicherheit und den Schutz Minderjähriger im Internet zu sprechen. Die Gespräche drehten sich zudem um die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, die Entwicklung künstlicher Intelligenz und den Abbau von Hindernissen für den Binnenmarkt. Bei dieser Gelegenheit forderten sie eine Stärkung der Sicherheit digitaler Plattformen, insbesondere durch den künftigen Vorschlag mit dem Titel "Digital Fairness Act", um einen kohärenten europäischen Ansatz zu gewährleisten und eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden. Das Treffen bot zudem Gelegenheit zum Austausch über Möglichkeiten, den Übergang zu einer größeren europäischen digitalen Souveränität zu beschleunigen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Rumänien :



Neuer designierter Ministerpräsident

Am 14. Juni ernannte der rumänische Präsident Nicolae Ciucă den ehemaligen Entwicklungsminister Adrian Văstehă zum Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung einer neuen Regierung. Diese Ernennung erfolgte, nachdem der ursprünglich für dieses Amt designierte Europaabgeordnete Eugen Tomac zurückgetreten war, da er im Parlament keine Mehrheit erhalten hatte. Das Land befindet sich seit dem Sturz von Ministerpräsident Iulian Bolojan Anfang Mai durch einen Misstrauensantrag seiner ehemaligen sozialdemokratischen Verbündeten und der extremen Rechten in einer politischen Krise. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Schweiz :



Ablehnung der Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!"

Am 14. Juni lehnten die Schweizer mit 54,75 % die Anti-Einwanderungs-Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" ab, die darauf abzielte, die Einwohnerzahl des Landes auf 10 Millionen zu begrenzen, wobei die Bevölkerung derzeit 9,5 Millionen Einwohner zählt und Ausländer mehr als ein Viertel davon ausmachen. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



Gipfeltreffen der nordischen und baltischen Länder (NB8)

Am 9. Juni fand in Tallinn das Gipfeltreffen der acht nordischen und baltischen Länder (NB8: Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden) in Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj statt. Sie verpflichteten sich, ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung sowie Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken, insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz und Technologien. Zudem bekräftigten sie ihre unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine und ihren Wunsch, dass diese der Europäischen Union und der NATO beitrete, und bekundeten gleichzeitig ihr Interesse an einer Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Ukraine in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Sicherheit und Verteidigung. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Unterzeichnung von Abkommen mit Estland und Lettland

Am 9. Juni traf der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit dem estnischen Ministerpräsidenten Kristen Michal zusammen und unterzeichnete ein Abkommen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Es sieht insbesondere Sicherheitshilfe, einen Erfahrungsaustausch sowie eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrie und der Luftverteidigung vor. Am selben Tag traf der ukrainische Präsident den lettischen Ministerpräsidenten Andris Kulbergs und schloss ein Abkommen über Drohnen ab, das insbesondere die Lieferung von Verteidigungsgütern durch Lettland, die Finanzierung der ukrainischen Produktion und den Ausbau ihrer Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich vorsieht. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Vatikan :



Apostolische Reise des Papstes nach Spanien

Vom 6. bis 12. Juni unternahm Papst Leo XIV. eine Apostolische Reise nach Spanien, die ihn nach Madrid, Barcelona und auf die Kanarischen Inseln führte. Unter dem Motto "Erhebt die Augen" – einem biblischen Verweis, der dazu einlädt, die Gegenwart Gottes zu erkennen und sich anderen zu öffnen – standen bei dieser Reise Migrationsfragen im Mittelpunkt. In einer beispiellosen Ansprache vor den spanischen Abgeordneten erinnerte er daran, dass der Schutz des menschlichen Lebens ein Ziel der Zivilisation sei und dass Europa den wahren Wert des Dialogs wiederentdecken müsse. In Barcelona weihte er den letzten Turm der Sagrada Familia ein. [Fortsetzung](#)

■ Europarat :



Besuch des Generalsekretärs des Europarates in Wien

Am 11. Juni traf der Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, in Wien mit österreichischen Regierungsvertretern und Verantwortlichen internationaler Organisationen zusammen. Er betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den europäischen multilateralen Institutionen. In diesem Zusammenhang wurde eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE angesprochen, wobei auf deren Komplementarität bei der Förderung der Menschenrechte abgestellt wurde. Anlässlich des 70. Jahrestags seines Beitritts zum Europarat wurde Österreich für sein langjähriges Engagement in der europäischen Zusammenarbeit gewürdigt, wobei der Schwerpunkt auf der konsequenten Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte lag. [Fortsetzung - Andere Links](#)



■ Berichte / Studien :



Drogenbericht

Am 9. Juni stellte die Europäische Drogenagentur (EUDA) den Drogenbericht 2026 für Europa vor. Der Bericht hebt hervor, dass Drogen aufgrund ihrer zunehmenden Verfügbarkeit und steigenden Potenz immer negativere Auswirkungen auf Gesundheit und Sicherheit in Europa haben. Gleichzeitig zeigt er auf, dass der Drogenhandel durch sich zunehmend diversifizierende Netzwerke der organisierten Kriminalität eine Bedrohung für die Sicherheit darstellt. Demgegenüber ist die Menge der in der Union beschlagnahmten Drogen im Vergleich zu 2024 rückläufig. Vor diesem Hintergrund wird die Kommission ihre Unterstützung für die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen weiter verstärken, insbesondere durch eine neue Strategie und einen neuen Aktionsplan der Union zur Bekämpfung des Drogenhandels. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Diego Rivera und die mexikanische Kunst in Rom

Bis zum 13. Dezember zeigen die Kapitolinischen Museen in Rom eine Ausstellung über mexikanische Kunst. Anhand von über 140 Werken, darunter 30, die einer Retrospektive des Malers Diego Rivera gewidmet sind, präsentiert die Ausstellung das Schaffen bedeutender Künstler dieses Landes. [Fortsetzung](#)



Biennale für zeitgenössische Kunst in Bonifacio

Bis zum 5. November findet die von der Organisation De Renava veranstaltete Biennale für zeitgenössische Kunst in Bonifacio zum dritten Mal statt, diesmal unter dem Motto "Niemand schläft". Diese Veranstaltung bringt 18 Künstler und Kollektive aus der lokalen und internationalen Szene zusammen, die das Thema des Festes als Raum des Widerstands, der Freiheit und der kollektiven Wiederaneignung anhand von Installationen, Videos und Performances erkunden werden. Parallel dazu finden mehrere Konzerte, Vorträge, Performances und Filmvorführungen statt. [Fortsetzung](#)



Sommerausstellung der Royal Academy in London

Bis zum 23. August findet in der Royal Academy of Arts in London die traditionelle Sommerausstellung statt. Diese Veranstaltung vereint Werke von Künstlern unterschiedlichster Profile, von der breiten Öffentlichkeit bis hin zu renommierten Künstlern und königlichen Akademikern. Die Besucher können dort eine große Vielfalt an Disziplinen entdecken, darunter Zeichnung, Malerei, Fotografie, Bildhauerei, Architektur, Film und digitale Kunst. [Fortsetzung](#)

Art | Basel

Kunstmesse Basel

Vom 18. bis 21. Juni öffnet die Art Basel in Basel ihre Pforten. Rund 290 weltbekannte Galerien präsentieren dort Werke von mehr als 4.000 Künstlern. Neben den Ausstellungen finden täglich Vorträge, Begegnungen und Veranstaltungen in der ganzen Stadt statt, was Basel zu einem unverzichtbaren Treffpunkt für Künstler und Sammler macht. [Fortsetzung](#)



Oper in München

Bis zum 31. Juli findet in München eine neue Ausgabe der Münchner Opernfestspiele statt, einem von der Bayerischen Staatsoper organisierten Opernfestival. Über einen Monat lang vereint diese Veranstaltung Opernproduktionen, Ballettvorstellungen, Sinfoniekonzerte und Liederabende und zieht Künstler und Zuschauer aus aller Welt an. Die Ausgabe 2026 wird insbesondere mehrere Neuproduktionen sowie ein breites Spektrum an Werken aus dem klassischen und zeitgenössischen Repertoire präsentieren. [Fortsetzung](#)



Foto von Ed van der Elsken in Amsterdam

Bis zum 13. September widmet das Rijksmuseum Ed van der Elsken, einem der bedeutendsten niederländischen Fotografen seiner Generation, eine Ausstellung. Von seinen Schnapsschüssen aus Japan oder Kuba in den 1950er Jahren bis hin zu seinem Fotoband aus den 1980er Jahren wurde das gesamte Werk des Künstlers erstmals vom Nederlands Fotomuseum und dem Rijksmuseum eingehend untersucht. [Fortsetzung](#)



36. Ausgabe des Festivals in Posen

Vom 21. bis 28. Juni findet in Posen die 36. Ausgabe des Malta-Festivals statt, mit einem multidisziplinären Programm, das Theater, Tanz, Musik, Kino, Literatur und künstlerische Performances an verschiedenen Orten der Stadt vereint. Getreu seiner Berufung zum Dialog zwischen den Künsten und Kulturen möchte die Veranstaltung zum Nachdenken über die großen Themen der Gegenwart anregen. Das Festival, das seinen Namen vom Malta-See hat, setzt seine Entwicklung fort, indem es internationale Künstler von Rang und Namen in den Mittelpunkt stellt und sein Bestreben bekräftigt, den städtischen Raum zu einem Ort der Kreativität, des Austauschs und der Bürgerbeteiligung zu machen. [Fortsetzung](#)




100. Todestag von Antoni Gaudí

Am 10. Juni jährte sich der Todestag des Architekten Antoni Gaudí zum 100. Mal. Zu diesem Anlass wurde der Turm "Jesus Christus" der Sagrada Família in Anwesenheit von Papst Leo XIV. eingeweiht, der eine feierliche Messe zelebrierte: Mit ihren 172,5 Metern ist die Basilika nun die höchste der Welt. Diese Einweihung reiht sich zudem in ein besonders ereignisreiches Jahr für Barcelona ein, das von der UNESCO zur Weltarchitekturhauptstadt ernannt wurde. Die Stadt veranstaltet mehr als 1.500 Events, darunter eine Ausstellung im Museu d'Història de Catalunya, einen Kongress über das Werk Gaudís in La Pedrera, Sonderprogramme in ihren Wahrzeichen sowie den Weltarchitektenkongress, der vom 28. Juni bis zum 2. Juli stattfindet. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 15-18/06 2026

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)

 15-17/06/2026

G7 Gipfel (Evian)

 15/06/2026

Rat "Auswärtige Angelegenheiten"; Beitrittsgespräche mit der Ukraine, Moldawien und Montenegro; Assoziationsrat mit Ägypten (Luxemburg)

 16/06/2026

Rat Gesundheit und Rat Allgemeine Angelegenheiten (Luxemburg)

 18-19/06/2026

Europäischer Rat (Brüssel)

 22-23/06/2026

Rat Landwirtschaft und Fischerei (Luxemburg)



Der Buchstabe n°1160

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 16. Juni 2026

↓ Ich lade runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

**Catherine d'Angelo, Justin Couteaud,
Malo Chanfray, Elodie de La Vaissière,**

Hadrien Balmelle

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}